

Kontroverse um Flüchtlingsunterkunft auf Uni-Grundstück

Lesen Sie, warum Proteste gegen Flüchtlingscontainer auf dem Unigelände in Berlin-Dahlem für Aufsehen sorgen. Was steckt hinter dem Widerstand der Freien Universität?
#Flüchtlinge #Berlin #Proteste #Uni #Integration

Das geplante Containerdorf für 260 Flüchtlinge auf einem brachliegenden Unigelände in Berlin-Dahlem sorgt für Unmut, insbesondere an der Freien Universität. Die Uni plant dort eigentlich den Bau eines Gebäudes für Lehre und Forschung. Der Flüchtlingskoordinator des Senats, Albrecht Broemme, informierte die Uni-Kanzlerin Andrea Güttner über die Pläne, was auf Widerstand stieß. Die Hochschulleitung fühlte sich übergangen und betonte, dass die Fläche dringend für eigene Bauprojekte benötigt werde.

Die Freie Universität hatte bereits in der Vergangenheit kurzfristig Flüchtlinge in Notunterkünften untergebracht und dem Senat für das Jahr 2023 eine Nutzungsmöglichkeit für weitere Notunterkünfte in Aussicht gestellt. Die Uni argumentiert, dass aufgrund von Sanierungsbedarf und geplanten Bauvorhaben keine anderen Flächen zur Verfügung stünden. Stattdessen schlägt die Uni vor, leerstehende Gebäude der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zu nutzen, die bereits früher für die Unterbringung von Geflüchteten genutzt wurden.

Der Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen beim Senat, Broemme, betont, dass solange das Grundstück brachliege, dort Flüchtlinge untergebracht werden könnten. Er fordert von der Uni-Kanzlerin eine zeitliche Angabe zum Bau des geplanten Gebäudes. Die Senatspläne sehen insgesamt 16 weitere

Containerdörfer vor, um dem akuten Wohnraummangel für Flüchtlinge entgegenzuwirken. Die Standorte sind vorwiegend im Ostteil der Stadt geplant, was bereits bestehende Ungleichgewichte weiter verschärft.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de